



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
D - 55118 Mainz

Postfach 17 06  
D - 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56  
Telefax 06131.67 99 95  
[post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

verantwortlich :  
Lilli Lenz

pre  
s  
s  
e  
d  
i  
e  
n  
s  
t

Nr. 10/2011

Mainz, 25.05.2011

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

**dbb rheinland-pfalz gegen den Ausverkauf des öffentlichen Dienstes**

Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Rot-Grün spart den öffentlichen Dienst zu Tode.“

Der dbb rheinland-pfalz und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die heute von Ministerpräsident Kurt Beck konkretisierten Sparmaßnahmen zulasten des öffentlichen Dienstes strikt ab.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz stellte klar, dass die Abkoppelung der Beamten und Versorgungsempfänger von der allgemeinen Einkommensentwicklung sowie umfangreiche Personaleinsparungen an den Schulen, bei der Polizei, in der Justiz sowie bei der Katasterverwaltung direkt negative Auswirkungen auf die Qualität öffentlicher Dienstleistungen haben. Weitere Einschnitte in die Besoldung und die Versorgung der Landes- und Kommunalbediensteten führen aus Sicht des dbb rheinland-pfalz zu Resignation beim vorhandenen Personal und dazu, dass bald keine geeigneten Nachwuchskräfte mehr für den öffentlichen Dienst gewonnen werden können.

Lilli Lenz: „Das Landes- und auch das Kommunalpersonal soll nach rot-grünen Vorstellungen erneut allein für den Großteil der jährlichen Konsolidierungssumme von 220 Millionen Euro bis 2016 geradestehen. Die Pläne der neuen Landesregierung gehen an die Substanz. Das ist ein Zu-Grabe-Tragen, weshalb wir die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, mit uns darüber zu trauern. Schließlich sind die Menschen in unserem Land die Leidtragenden, wenn der öffentlich-rechtliche Service so in die Mangel genommen wird.“

Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes habe die Haushaltsmisere des Landes herbeigeführt, so die dbb Landesvorsitzende. Die Verantwortung dafür trage ausschließlich die Politik. Unter dem Strich gelte: Durch massives Sparen am öffentlichen Dienst würden Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt. Die neue Landesregierung missbrauche schamlos die Regelungsmechanismen des Beamtenrechts.

**Zum drohenden Heimgang des Öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz**